

Kosovo – das Ende der Hoffnungen

Von unserem Redaktionsmitglied
Hans-Dieter Füsler

MANNHEIM. Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist der Ansicht, dass es keinen gewaltsamen, sondern einen organisierten Prozess bis zur Unabhängigkeit des Kosovo geben wird.

Herr Arnold, tut sich da eine Kluft auf zwischen Volk und Volksvertretern? Die einen stimmen den Auslandseinsätzen der Bundeswehr immer weniger zu, bei den anderen sind sie fast unstrittig?

Rainer Arnold: Als Parlamentarier müssen wir schon ab und zu in den Rückspiegel schauen. Deshalb teile ich diese Ansicht nicht. Beispielsweise ist die Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz gewachsen. Mein Eindruck: Je mehr wir dem Bürger erklären, desto größer fällt die Zustimmung zu den Einsätzen aus.

Aktuell spitzen sich die Dinge auf dem Balkan zu. Die Kosovo-Albaner werden wohl die Unabhängigkeit erklären. Zeichnet sich hier das Ende der Illusionen ab?

Rainer Arnold



■ Rainer Arnold, Jahrgang 1950, ist seit 2002 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

■ Mitglied des Bundestages seit 1998

■ Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand seit 2004

■ Vor seiner politischen Karriere war er Fachbereichsleiter EDV und Organisationsleiter an der Volkshochschule Stuttgart.

■ Arnold ist verheiratet und hat ein Kind. *Hdf*

Arnold: Das Ende der Illusionen nicht, wohl aber das Ende der Hoffnungen, dass sich die Konfliktparteien auf einen gemeinsamen Weg einigen könnten.

Wie also geht es jetzt weiter?

Arnold: Es gibt zwei Szenarien. Das erste ist dramatisch: Alles spitzt sich weiter zu. Ich neige allerdings dem zweiten zu: Es wird in den nächsten Wochen keinen übereilten, sondern einen organisierten Prozess bis hin zu Unabhängigkeit geben.

Die Kriegsdrohung der Serben nehmen Sie also nicht für bare Münze?

Arnold: So ist es. Es gibt allerdings die Sorge, dass in Serbien die Präsidentschaftswahl, die im kommenden Frühjahr ansteht, verschoben wird. Damit könnte auch ein notwendiger Klärungsprozess zwischen Präsident und Regierungschef hinausgezögert werden.

Aber auch eine mögliche Radikalisierung, falls der nationalistische Tomislav Nikolic vorne liegt?

Arnold: Nach meinem Eindruck wollen die Serben die Option auf eine Friedensdividende. Das heißt: Europa muss Belgrad auch etwas bieten.

Falls sich Ihr Optimismus nicht bewahrheitet: Wären die KFOR-Truppen für einen Krieg gegen die Serben gerüstet?

Arnold: Natürlich wäre KFOR vorbereitet. Ich halte es aber für völlig ausgeschlossen, dass sich die serbische Armee mit der NATO anlegt. Das Risiko liegt eher darin, dass aus Demonstrationen oder Scharmützeln militäntere Aktionen erwachsen. Dabei geht der Blick in beide Richtungen: Nicht nur die albanische Minderheit ist zu schützen, sondern auch die serbische.



Mit aller Macht drängen die Kosovo-Albaner in die Unabhängigkeit. Unser Bild entstand bei einer Demonstration in Pristina. BLD, DPA

Was halten Sie von der These, dass der „Eingriff im Kosovo von Anfang an eindeutig völkerrechtswidrig“ war?

Arnold: Nichts, denn der Einsatz der Stabilitätstruppe KFOR ist sicherlich völkerrechtskonform. Der Krieg gegen Serbien und der Schutz der Kosovaren hatte allerdings keine rechtliche Grundlage im UN-Sicherheitsrat, da Moskau sein Veto einlegte.

Doch dem Ziel, einen Völkermord zu verhindern, muss ja auch Gewicht zukommen.

Sie wissen, dass diese These einen prominenten Fürsprecher in ihrer Partei hat?

Arnold: Nein, wer?

Helmut Schmidt. Der Altkanzler ist es auch, um den Schauplatz zu

wechseln, der aus grundsätzlichen Erwägungen einen Rückzug aus Afghanistan befürwortet.

Arnold: Das wäre wirklich fatal. Afghanistan ist für den Westen nicht zuletzt aus humanitären Erwägungen die größte Herausforderung. Wir müssen unser Versprechen, die Menschen vor der Unterdrückung durch das Taliban-Regime zu schützen, einlösen. Hinzu kommen wohl verstandene Sicherheitsinteressen: das Land darf kein Rückzugsraum mehr für Terroristen werden.

Eine Studie des renommierten britischen Forschungsinstituts „Senlis Council“ kommt zu einer ganz anderen Sicht: Demnach halten die Taliban 54 Prozent des afghanischen Territoriums besetzt.

Arnold: Dieser Punkt deckt sich nicht mit unseren Erkenntnissen. Andere schon. Etwa das schwindende Vertrauen in die afghanische Zentralregierung. Wir müssen sehen: Afghanistan kann auch scheitern. Um das zu vermeiden, sollten sich alle mehr engagieren.

Ist es realistisch, wie ebenfalls Senlis fordert, die NATO-Truppen auf 80 000 Mann zu verdoppeln?

Arnold: Das ist keine realistische Option. Wir müssen die NATO-Truppen allerdings so stärken, dass das geforderte operative Minimum tatsächlich erreicht wird. Derzeit schaffen wir das nicht. Und: Wir brauchen politisches Durchhaltevermögen.

Beide Argumente hört man schon seit dem Einmarsch 2001.

Arnold: Zugegeben, aber es genügt nicht mehr, dass wir in der NATO Mikado spielen nach dem Motto: Keiner darf sich bewegen. Andererseits sollten wir uns als Deutsche nicht immer gleich als erste angesprochen fühlen.